

Rechtsruck in Japan

Julian Plenefisch und Felix Spremberg

Japan, Wahlen, Nationalismus, Außenpolitik

Ein dreifacher Rechtsruck geht nach den Wahlen durch Japan: Die rechtsradikale Restaurationspartei feiert ihren Aufstieg zur drittstärksten Macht, der rechte Flügel des Wahlverlierers, der Demokratischen Partei, hat überlebt und der rückwärts-gewandte Wahlsieger der Liberaldemokratischen Partei, Abe Shinzō, regiert wieder. Wie werden diese Veränderungen die Außen- und Sicherheitspolitik Japans beeinflussen?

Die Wahlen zum japanischen Unterhaus am 16. Dezember 2012 sahen einen deutlichen Sieg der konservativen Liberaldemokratischen Partei (LDP), die zukünftig mit ihrem Koalitionspartner, der Gerechtigkeitspartei (Komeito), über eine Zweidrittelmehrheit verfügt. Klarer Wahlverlierer ist die Demokratische Partei (DPJ), die fast 250 Sitze abgeben musste. Sie hatte erst 2009 die bis auf eine kurze Phase in den Neunzigerjahren seit 1955 regierende LDP abgelöst. Der Absturz der DPJ und die klare Rückkehr der LDP an die Macht stellen das nach der Wahl 2009 prophezeite Modell des Zweiparteiensystems in Japan wieder infrage. Das Ergebnis der Unterhauswahlen legt offen, dass die japanische Politik in den vergangenen Monaten deutlich nach rechts gerückt ist.

Der Rechtsruck kann insbesondere am Spitzenkandidaten der siegreichen LDP, dem neuen Regierungschef Abe Shinzō, festgemacht werden, der bereits von 2006 bis 2007 Premierminister war. Seine Regierungszeit war vor allem von Skandalen, nationalistischer Rhetorik und zweifelhaften Äußerungen über Japans Verantwortung im Zweiten Weltkrieg überschattet. Nach knapp einem Jahr trat er unter Verweis auf gesundheitliche Gründe zurück. Sein Comeback als Spitzenkandidat der LDP im September kam daher überraschend. Der Wahlsieg Abes über seine moderateren Konkurrenten wird im Allgemeinen als Zeichen der Rückwärts-gewandtheit seiner Partei interpretiert.¹ Im Wahlkampf



Julian Plenefisch,
geb. 1982, Historiker
und Japanologe, Ost-
asiatisches Seminar,
FU Berlin.
julian.plenefisch@fu-
berlin.de

1 Vgl. Köllner, Patrick / Pohl, Anna Y.: Vor dem Rechtsruck in Japan: Die Unterhauswahl wirft ihren Schatten voraus. GIGA Focus Asien 10/2012.

setzte Abe auf Nationalismus zum Stimmenfang. So machte er durch eine harte Linie in den Territorialstreitigkeiten mit China auf sich aufmerksam. Wie bereits 2007 stellte er den Missbrauch koreanischer Frauen durch die japanische Armee während des Zweiten Weltkrieges infrage. Er forderte eine Revision des Pazifismus-Artikels der Verfassung und eine Anerkennung der Selbstverteidigungsstreitkräfte als Militär.

Nach 2009 versuchte die LDP dem Schock ihrer Wahlniederlage mit einer konservativen Wende zu begegnen. Um sich von der regierenden DPJ abzugrenzen, bewegte sie sich nach rechts. Auch der Titel des Wahlprogramms lässt die konservative Richtung erahnen. Dieser kann doppeldeutig als „sich Japan wiederholen“ und „Japan wiederherstellen“ gelesen werden. Die Abwahl der DPJ wird so mit einer Rückkehr zu einem früheren, besseren Japan assoziiert.

Auch innerhalb der DPJ war in den vergangenen Monaten ein Rechtsruck zu beobachten. Die Demokraten waren noch 2009 mit einem sozialdemokratisch gefärbten Programm angetreten. Die Weltfinanzkrise, die Dreifach-Katastrophe vom 11. März 2011 und politisches Unvermögen ließen jedoch wenig Spielraum. Viele Wählerinnen und Wähler hatten sich deshalb enttäuscht von der DPJ abgewandt.

Standen die ersten beiden Premierminister der DPJ, Hatoyama Yukio und Kan Naoto, noch für eine progressive Politik, war ihnen mit Noda Yoshihiko im Herbst 2011 ein deutlich konservativerer Regierungschef gefolgt. Noda hieß den Besuch des Yasukuni-Schreins, in dem auch Kriegsverbrecher verehrt werden, gut und merkte noch im August 2011 an, dass die von den USA verurteilten Japaner in seinen Augen keine Kriegsverbrecher seien. Mit Noda distanzierte sich die DPJ von ihrem Wahlprogramm und progressive Politiker verloren zunehmend an Einfluss.² Hatoyama erklärte, wegen der Politik seiner Partei nicht mehr anzutreten, und Kan konnte sein Direktmandat nicht verteidigen. Das Wahldebakel forderte zwar Nodas Rücktritt und sein Nachfolger ist Vertreter einer gemäßigeren Linie, die Mehrheit der stark reduzierten Fraktion ist jedoch zur Parteirechten zu zählen.

Manifestation des Rechtsrucks ist die Restaurationspartei, die mit über 50 Mandaten drittstärkste Kraft wurde. Sie ist ein Zusammenschluss der Partei des Rechtspopulisten und Bürgermeisters von Osaka, Hashimoto Tōru, und der rechtskonservativen „Partei



Felix Spremberg,
geb. 1981, Doktorand
der Japanologie, Ludwig-
Maximilians-Universität
München.
felix.spremberg@posteo.de

2 Vgl. Asahi Shimbun, 05.12.2012.



Weiterlesen:

C. Derichs,

Linksradikale in Japan

WeltTrends 3

der Sonne“ um den ehemaligen Gouverneur von Tokio, Ishihara Shintarō. Hashimoto negierte ebenfalls den Missbrauch koreanischer Frauen als Zwangsprostituierte durch die japanische Armee, ordnete Lehrern in Osaka an, während des Spielens der Nationalhymne zu stehen, und sprach sich für eine Diktatur in Japan aus.³ Ishihara leugnete die 1937 von der japanischen Armee in China begangenen Kriegsverbrechen, zweifelte die Intelligenz von Menschen mit schwarzer Hautfarbe an und bezeichnete Homosexualität als widernatürlich. Die Katastrophe vom 11. März 2011 nannte er „Strafe der Götter“ für Japans Sünden. Mit der Unterhauswahl wurde so zum ersten Mal eine rechtsradikale Partei in Japan landesweit zur drittstärksten Kraft gewählt.

Brüchige Rechte

Der Erfolg der Restaurationspartei ist auf die tiefe Enttäuschung der Wählerinnen und Wähler über die etablierten Parteien zurückzuführen. Die Spitze der DPJ war im Sommer auf eine Zusammenarbeit mit der LDP angewiesen, um die umstrittene Erhöhung der Mehrwertsteuer gegen erbitterten Widerstand aus den eigenen Reihen durchzusetzen. Die programmatische Annäherung von LDP und DPJ eröffnete erst den Spielraum für eine dritte Kraft. Ähnlich wie in Europa profitiert die Rechte vom Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in die demokratischen Parteien.

Es ist jedoch zu bezweifeln, dass sich die Restaurationspartei langfristig als bedeutende Alternative halten können wird. Der Zusammenschluss der Gruppe um Hashimoto und der „Partei der Sonne“ im November war keine Liebeshochzeit, sondern der Wahl geschuldet. Die Gruppe um Hashimoto besteht bereits seit 2010 und ist stark lokal auf Osaka sowie auf ihre charismatische Führungsperson ausgerichtet. Die „Partei der Sonne“ ging 2010 aus einer Abspaltung rechter LDP-Parlamentarier hervor, war lokal nur wenig verankert und lebte von ihren wenigen Parlamentariern. Erst im Oktober war Ishihara überraschend als Gouverneur von Tokio mit der Ankündigung zurückgetreten, sich in die nationale Politik einzumischen. Er war der „Partei der Sonne“ beigetreten und hatte ihren Vorsitz übernommen. Die Quellparteien der Restaurationspartei haben somit sehr unterschiedliche Ursprünge.

Dies ist auch bei inhaltlichen Fragen zu erkennen und führte bereits zu Reibungen. Der mit 43 Jahren relativ junge Hashimoto

3 Vgl. The Economist, 05.09.2012.

hat das Image eines anpackenden Reformers. Er steht für eine neoliberale Wirtschaftspolitik, für Bürokratieabbau und Dezentralisierung. Der 80-jährige Ishihara gilt hingegen als konservativer Hardliner, der einen klassischen Protektionismus befürwortet. Nach dem Zusammenschluss hatte Ishihara Hashimoto zu substanziellen Zugeständnissen gezwungen. Beispielsweise musste Hashimoto die Forderung nach einem generellen Ausstieg aus der Atomenergie und die Zustimmung zum transpazifischen Freihandelsabkommen (TPP) zurücknehmen.⁴ Kurz nach den Wahlen begannen an der Basis in Osaka daher bereits Diskussionen, ob man nicht ohne Ishihara besser abgeschnitten hätte.⁵

Die Restaurationspartei lebt von ihren beiden Führungsfiguren. Es bleibt abzuwarten, wie lange sich Hashimoto von Ishihara, der den Vorsitz der gemeinsamen Partei übernommen hat, noch in die zweite Reihe drängen lässt. Die unterschiedliche Herkunft und Programmatik lassen vermuten, dass nun nach der Wahl die Notwendigkeit zum Zusammenhalt verflochten ist. Die Restaurationspartei könnte sich demnach als kurzlebiger Schnellschuss erweisen.

Keine Alternative auf der Linken

Ernüchternd ist das Ergebnis der japanischen Linken. Sowohl die Sozialdemokraten als auch die Kommunisten, die beide verstärkt auf Atomausstieg gesetzt hatten, verzeichneten Verluste. Die Erinnerung an Fukushima spielte für die Wahl kaum eine Rolle. Als Kandidat für eine linke dritte Kraft galt vor den Wahlen die Zukunftspartei (Nippon Mirai). Sie war erst wenige Wochen zuvor um die amtierende Gouverneurin der ländlichen Präfektur Shiga, Kada Yukiko, gegründet worden. Die Professorin für Umweltsociologie hatte 2006 als Kandidatin der Sozialdemokratischen Partei (SDP) überraschend die Gouverneurswahl gewonnen. Auch die Zukunftspartei ging kurzfristig aus Parteizusammenschlüssen hervor. Sie fusionierte mit der DPJ-Abspaltung um das politische Schwergewicht Ozawa Ichirō, der Steuersenkungspartei und einer grünen Partei. Ozawa hatte mit der Abspaltung seiner Gruppe von der DPJ im Sommer vergangenen Jahres den nun durch die Wahl bestätigten Niedergang des Zweiparteiensystems vorweggenommen. Er gilt als undurchschaubarer Machtpolitiker,



Weiterlesen:
M. Schulz,
Japans Wirtschaft nach
Fukushima
WeltTrends 80

4 Vgl. Asahi Shimbun, 26.11.2012.

5 Vgl. Japan Times, 17.12.2012.



Weiterlesen:

M. Tidten,
Japan nach Fukushima
WeltTrends 80

dessen Neigung, Parteien zu gründen und dann zu verlassen, ihm den Spitznamen „der Zerstörer“ eingebracht hat. Dass Repräsentanten der Partei Schwierigkeiten hatten, am Stichtag vollständige Kandidatenlisten bei der Wahlbehörde einzureichen,⁶ legt den überstürzten Zusammenschluss offen. Ihr Wahlergebnis mit nur neun Sitzen war jedoch so enttäuschend, dass die Partei bereits Ende Dezember wieder zerbrach. Ozawa spaltete sich mit seiner Gruppe ab, gründete die Lebenspartei (Seikatsu no tō) und ließ der Zukunftspartei nur einen Sitz im Unterhaus. Eine Alternative auf der Linken als dritte Kraft in Japan ist damit nicht in Sicht.

Ausblick

Da sich in den Territorialkonflikten mit China, Südkorea und Russland keine Lösung abzeichnet und Nordkorea erneut Waffentests betreibt, wird die nationalistische Rhetorik in nächster Zeit voraussichtlich nicht abnehmen. Mit der Restaurationspartei hat die LDP eine Konkurrenz, der sie das rechte Feld nicht überlassen kann.

Aufgrund des allgemeinen Rechtsrucks ist nun eine rechnerische Mehrheit im Unterhaus für eine Änderung der pazifistischen Verfassung vorhanden. Wegen der unklaren Verhältnisse im Oberhaus ist damit aber bis zu den Wahlen im Sommer 2013⁷



Abe Shinzō kann wieder lachen

nicht zu rechnen. Des Weiteren vertritt der Koalitionspartner der LDP, die Gerechtigkeitspartei, in der Außen- und Verteidigungspolitik sehr viel moderatere Positionen. Die Erfahrung mit LDP-Regierungen zeigt darüber hinaus, dass ihre Rhetorik nationalistischer als die praktische Politik ist. Nach seinem Amtsantritt 2007 war Abe zuerst nach Korea und China geflogen, um diplomatische Spannungen zu entschärfen. Zudem macht die japanische Wirtschaft Druck, das Verhältnis zu den wichtigsten Handelspartnern, China und Südkorea, wieder zu verbessern. Abe betonte sodann Mitte Dezember öffentlich die Bedeutung der sino-japanischen Beziehungen.⁸ Es bleibt also zweifelhaft, ob die steigende nationalistische Rhetorik auch zu einer tatsächlichen politischen Eskalation in Ostasien führen wird. 🌐

⁶ Vgl. Asahi Shimbun, 05.12.2012.

⁷ Im Sommer 2013 finden auch in etlichen Präfekturen, darunter in einigen der bevölkerungsreichsten, Gouverneurswahlen statt.

⁸ Vgl. Asahi Shimbun, 17.12.2012.